

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **RAT/VII/15**

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 06.04.2006 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

### **Anwesend waren:**

#### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

#### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Branse, Martin  
Everding, Clara  
Fedder, Ralf  
Fliß, Thomas  
Haßler, Christa  
Henken, Theodor  
Isfort, Mechthild  
Kuhl, Horst  
Löchtefeld, Klaus  
Mensing, Hartwig  
Neumann, Michael  
Newman, Claudia  
Niehues, Hubert  
Reints, Hermann  
Riermann, Günter  
Rottmann, Josef  
Schenk, Klaus  
Schröer, Martin  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Tendahl, Ludgerus  
Weber, Winfried  
Wessendorf, Ulrich  
Wünnemann, Werner

#### Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Fachbereichsleiter
Homering, Antonius	Fachbereichsleiter
Roters, Dorothea	Schriftführerin

### **Es fehlten entschuldigt:**

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Barisch.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 28. März 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 Zuleitung der Jahresrechnung 2005 gem. § 93 Abs. 2 GO NW a.F. Vorlage: VII/341**

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die fristgemäße Zuleitung der Jahresrechnung 2005 mit Versendung der Einladung zur aktuellen Sitzung erfolgt sei. Dann bat er Fachbereichsleiter Isfort um Sachvortrag.

Fachbereichsleiter Isfort gab daraufhin anhand einer Präsentation zusammenfassende Erläuterungen zur vorgelegten Jahresrechnung. Seine Ausführungen sind dieser Niederschrift als **Anlage I** beigelegt.

Ratsmitglied Kuhl bat anschließend noch um kurze Erläuterung zur Darstellung der Rücklagen und des Eigenkapitals im neuen NKF-Haushalt.

Fachbereichsleiter Isfort wies darauf hin, dass es getrennte Buchhaltungskonten in der Bilanz unter der Bezeichnung „Sonderrücklagen“ gäbe; diese seien als Teil des Eigenkapitals verzeichnet.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Aufgrund des § 94 GO NW a.F. wird die Jahresrechnung 2005 an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **3 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2006 hier: Beratung und Beschlussfassung Vorlage: VII/342**

Zunächst erinnerte Bürgermeister Niehues daran, dass der Haushalt 2006 bereits in einzelnen Ausschüssen – Haupt- und Finanzausschuss, Ver- und Entsorgungsausschuss, Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sowie Schul- und Bildungsausschuss – vorberaten worden sei. Die Niederschriften der betreffenden Sitzungen lägen allen Ratsmitgliedern vor. Die in den Ausschüssen formulierten Beschlussempfehlungen und Anregungen hätten in die zur heutigen Sitzung vorgelegten 2. Änderungsliste Berücksichtigung gefunden. Hierzu sei allerdings noch eine redaktionelle Änderung notwendig. Fachbereichsleiter Isfort ergänzte, dass im § 4 der neu vorgelegten Haushaltssatzung versehentlich noch der alte Betrag aufgeführt sei. Hier müsse es richtig heißen: 1.725.845,00 Euro. Zur Abstimmung stünde somit der neue genannte Betrag.

Die Fraktionsvorsitzenden aller vier im Rat vertretenen Fraktionen hielten eingangs in der Reihenfolge ihrer Fraktionsgröße ihre Haushaltsreden. Diese sind der Niederschrift als Anlagen beigefügt.

Zunächst gab Fraktionsvorsitzender Steindorf für die CDU seine Stellungnahme ab (**Anlage II**). Es folgten die Reden vom WIR-Fraktionsvorsitzenden Mensing (**Anlage III**) sowie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Branse (**Anlage IV**) und vom Fraktionsvorsitzenden Weber für die Fraktion Bündnis 90/Grüne (**Anlage V**).

Sodann wurde – bevor über den Gesamthaushalt abgestimmt wurde - über den Antrag der WIR-Fraktion abgestimmt, den Haushaltsansatz mit einem Teilbetrag von 300.000 € für die Heizungsanlage im Schulzentrum Osterwick in das nächste Haushaltsjahr zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:           8 Ja-Stimmen  
  19 Nein-Stimmen

Damit war der Antrag **abgelehnt**.

Anschließend wurde über die Haushaltssatzung und den Stellenplan getrennt abgestimmt.

Der Rat fasste folgende **Beschlüsse**:

1. Die Haushaltssatzung für das Jahr 2006 wird unter Einbeziehung der 2. Änderungsliste in der der Sitzungsvorlage Nr. VII/342 als Anlage beigefügten Fassung einschließlich der den § 4 der Haushaltssatzung betreffenden genannten Änderung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:           24 Ja-Stimmen  
  2 Nein-Stimmen  
  1 Enthaltung

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird mit der Maßgabe, dass lediglich eine Stellenanhebung nach Besoldungsgruppe A 13 erfolgt, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:           14 Ja-Stimmen  
  11 Nein-Stimmen  
  2 Enthaltungen

**4 Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich des Bebauungsplanes "Windfeld COE 01"**

**hier: Zustimmung zur Änderung der Höhenbegrenzung  
im Wege einer Befreiung gemäß § 31 (2) BauGB  
Vorlage: VII/324**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 2

Ratsmitglied Branse kündigte an, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, da tatsächlich nur über eine Erhöhung der Windkraftanlagen von 50 cm zu entscheiden sei. Eine Ablehnung hielte er daher für unverhältnismäßig.

Ähnlich äußerte sich auch Ratsmitglied Neumann. Er wies darauf hin, dass die unmaßgebliche Erhöhung nur auf die neue technische Entwicklung zurückzuführen sei, die im Laufe des langen Verfahrens eingetreten sei.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den gestellten Änderungsanträgen auf Errichtung von insgesamt 4 Windkraftanlagen im Windfeld COE 01 mit einer Gesamthöhe von jeweils 120,50 m wird im Wege einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Windfeld COE 01“ gemäß § 31 Abs. 2 BauGB zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Darfeld**

**hier: Vorstellung eines Ausbaukonzeptes  
Vorlage: VII/338**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 3

Bürgermeister Niehues fasste zunächst die Schritte der vergangenen Wochen zusammen: Das Ausbaukonzept sei am 14.03.2006 zunächst den Anliegern, dann in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 23.03.2006 durch das Planungsbüro Wolters Partner vorgestellt worden. Anschließend hätte am 29.03.2006 in Darfeld eine Bürgerversammlung stattgefunden, in der die Planungen ebenfalls vorgestellt worden seien. Die Resonanz sei durchweg positiv gewesen. Kritik sei im wesentlichen an der immer noch zu hohen Geschwindigkeit der Pkw trotz Tempo 30-Zone geäußert worden. Daher sei als Vorwegmaßnahme geplant, an den vom Planungsbüro Wolters vorgesehenen Stellen Stellplätze auf der jetzigen Fahrbahn zu markieren, um dadurch eine Verringerung des Tempos zu erreichen.

Gleichzeitig könne damit festgestellt werden, ob sich diese Stellflächen auf der Fahrbahn bewähren, ehe der endgültige Ausbau erfolge. Bürgermeister Niehues betonte, dass eine möglichst rasche Umsetzung dieser Maßnahme zur Verkehrsberuhigung erfolgen solle.

Ratsmitglied Weber vertrat die Auffassung, dass die geplante Baumaßnahme angesichts des defizitären Haushaltes der Gemeinde Rosendahl nicht zu verantworten sei. Er plädiere daher für kostengünstigere Lösungen als im vorgestellten Ausbaukonzept dargestellt.

Ratsmitglied Haßler betonte, dass eine angemessene Ortskerngestaltung für die Attraktivität Darfelds unerlässlich sei.

Ratsmitglied Wünnemann wies darauf hin, dass im Falle der seinerzeitigen Ortskernsanierung von Holtwick ähnliche Kritik an den Kosten geäußert worden sei und kontroverse Diskussionen geführt worden seien. Aus heutiger Sicht betrachtet seien aber alle Beteiligten sehr zufrieden, dass die Maßnahme im geplanten Umfang durchgeführt worden sei. Außerdem seien zur Zeit für die geplante Maßnahme noch Fördermittel zu erhalten, was für die Zukunft aber nicht gewiss sei.

Ratsmitglied Neumann äußerte sich ebenfalls positiv zum Ausbaukonzept. Die Attraktivität eines Ortsteiles sei ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsförderung.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der vorgestellten Ausbauplanung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

**6 39. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick (Bereich "Sportzentrum Osterwick")**

**hier: Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2 Abs. 2, 3, 4 und 2a sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

**Vorlage: VII/327**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006, TOP 4

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Planungsstand wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/327 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Der Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird

gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 7      **1. Änderung des Bebauungsplanes "Sportzentrum Osterwick"**  
hier:    **Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2 Abs. 2, 3, 4 und  
2a sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetz-  
buch** (BauGB)  
**Vorlage: VII/328**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 5

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Planungsstand wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/328 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Der Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8      **40. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld  
(Bereich 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße")**  
hier:    **Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2 Abs. 2, 3, 4 und  
2a sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetz-  
buch** (BauGB)  
**Vorlage: VII/325**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 6

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Planungsstand wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/325 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Der Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird

gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick**

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

**Vorlage: VII/329**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006, TOP 7

Ratsmitglied Riermann erkundigte sich, ob im geplanten Baugebiet die Möglichkeit zur Aufstellung von Bänken für die Anlieger – ähnlich wie im Baugebiet Kortebrey in Darfeld – gegeben sei.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass diese Möglichkeit bestünde, falls es Wunsch der Anlieger sei. Geeignete Flächen wären hierfür ebenfalls vorhanden. Vor dem späteren endgültigen Straßenausbau sei ohnehin eine Anliegerversammlung vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit könnte dieses Thema dann angesprochen werden.

Ratsmitglied Weber kritisierte, dass der Bebauungsplan seiner Ansicht nach zu starke bauliche Einschränkungen beinhalte und die Fraktion Bündnis 90/Grüne daher dagegen stimmen werde.

Ratsmitglied Mensing gab bekannt, dass seitens der WIR-Fraktion ebenfalls dagegen gestimmt werde. Eine schriftliche Begründung würde für die Niederschrift nachgereicht. **(Anlage VI)**

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

An der nördlichen Grundstücksgrenze des Plangebietes wird ein Wall in der Größe von 50 cm Höhe x 75 cm Breite angelegt.

Im Übrigen wird den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/329 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Die 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Haus Holtwick“ mit dazugehöriger Begründung nebst Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen

- 10**      **Aufstellung des Bebauungsplanes "Niehoff`s Kamp" im Ortsteil Osterwick**  
hier:    **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**  
          **Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss**  
          gemäß                                    §                                    10                                    BauGB  
**Vorlage: VII/330**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 8

Auch hinsichtlich dieses Bebauungsplanes äußerte Ratsmitglied Weber seine Kritik  
an der Einschränkung der baulichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und  
Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/330 bei-  
gefügte Empfehlungen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Niehoff`s Kamp“ mit dazugehöriger Begründung nebst Um-  
weltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:            25 Ja-Stimmen  
  2 Nein-Stimmen

- 11**      **2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Osterwick Nord" im Ortsteil**  
**Osterwick**  
hier:    **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**  
          **Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss**  
          gemäß                                    §                                    10                                    BauGB  
**Vorlage: VII/332**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 9

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltaus-  
schusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Osterwick Nord“ im Ortsteil  
Osterwick wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13  
des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung entsprechend dem der  
Sitzungsvorlage Nr. VII/332 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nord West" im Ortsteil Darfeld**

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3  
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss  
gemäß § 10 BauGB**

**Vorlage: VII/333**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 23.03.2006,  
TOP 10

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass in diesem Bereich besondere Lockerungen hinsichtlich der Bauweise eingearbeitet worden seien, was bei den Kaufinteressenten bereits positiv vermerkt worden sei.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Nord West“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/333 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 Antrag des Sportvereines Schwarz-Weiß Holtwick e.V. auf Übernahme der Kosten für die Inneneinrichtung des Sportheimes Holtwick  
Vorlage: VII/304**

Bezug: Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.03.2006, TOP 4

Ratsmitglied Weber wies darauf hin, dass seine Fraktion hinsichtlich der Kostenübernahme angesichts der Finanzsituation der Gemeinde Bedenken habe, dem Antrag aber dennoch zustimmen werde, da seine Fraktion bereits im Vorfeld Unterstützung signalisiert habe und nun zu diesem Versprechen stehen werde.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die Gemeinde Rosendahl übernimmt die Kosten für die Inneneinrichtung der neu geschaffenen Umkleideräume (Bänke und Garderoben), des Versammlungsraumes (Tische und Stühle) und des Vorstandsraumes (Schreibtischgarnitur mit Akten-

schränk) bis zu einem Betrage von insgesamt 14.000 €. Die Kosten werden nach Vorlage von Rechnungsbelegen dem Sportverein Schwarz-Weiß Holtwick erstattet.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**14 Antrag des Amtes für Agrarordnung Coesfeld auf Zustimmung gem. § 58 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Billerbeck und Rosendahl in der Flurbereinigung "Aulendorf"**  
**Vorlage: VII/311**

Bezug: Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.03.2006, TOP 5

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der seitens des Amtes für Agrarordnung in Coesfeld beantragten Änderung der Gemeindegrenze zwischen Billerbeck und Rosendahl in der Flurbereinigung „Aulendorf“ gem. § 58 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass die derzeitigen Grundstücke Gemarkung Beerlage Flur 26 Nr. 48 und 49 (neu: Gemarkung Darfeld Flur 13 Nr. 184 und 185) zur Gesamtgröße von insgesamt 2.91.19 ha dem Gemeindegebiet Rosendahl zugeordnet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15 Antrag der CDU-Fraktion vom 06.03.2006 auf Prüfung eines Konzeptes zur Verwertung von brauchbaren Gegenständen am Wertstoffhof**  
**Vorlage: VII/331**

Fraktionsvorsitzender Steindorf erläuterte kurz den Hintergrund des Antrages. Der Antrag entspräche dem Zeitgeist und hätte Vorbilder in größeren Städten. Von einer solchen Maßnahme würden mehrere Vorteile erwartet: die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen für Hartz IV-Empfänger, die Reduzierung der Müllmengen sowie die Schaffung preiswerter Kaufangebote.

Fraktionsvorsitzender Branse kritisierte, dass allein schon mit der Weiterleitung des Antrages an den zuständigen Ausschuss Kosten vor dem Einstieg in die Beratung entstehen würden, da die Verwaltung beauftragt würde, Gespräche zu führen. Daher sei er gegen diesen Antrag.

Diese Kritik wurde von Fraktionsvorsitzendem Weber aufgenommen. Er halte es für notwendig, die durch den seines Erachtens überflüssigen Antrag entstehenden Kosten seitens der Verwaltung festzuhalten. Auf Nachfrage von Bürgermeister Niehues erklärte Herr Weber, dass er dieses als Antrag verstünde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass durch diesen Wunsch seitens

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterer Verwaltungsaufwand betrieben würde und forderte, über den Antrag von Ratsmitglied Weber abzustimmen.

Hierüber entwickelte sich eine Diskussion über die Behandlung von Anträgen und deren Beratung vorab in den Ratssitzungen.

Aufgrund des Hinweises von Fachbereichsleiter Isfort, dass auch im neuen NKF-Haushalt eine kostenmäßige Darstellung von Einzelvorgängen innerhalb eines Produktes nicht vorgesehen und daher mit zusätzlichen zeitlichen Aufwand verbunden sei, zog Ratsmitglied Weber seinen Antrag zurück.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur Beratung an den Ver- und Entsorgungsausschuss überwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, im Vorfeld der Sitzung Gespräche mit der Fa. Remondis und mit den Städten Coesfeld und Billerbeck zu führen mit dem Ziel, ein Konzept zur Verwertung brauchbarer Gegenstände am Wertstoffhof zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:      16 Ja-Stimmen  
   7 Nein-Stimmen  
   4 Enthaltungen

## **16      Mitteilungen**

### **16.1    Aktualisierung des Sitzungskalenders**

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass es einige Änderungen im Sitzungskalender gäbe. Zum einen werde die Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses vom 1. Juni 2006 auf den 17. Mai 2006 vorgezogen, um wichtige Aufträge rechtzeitig erteilen zu können. Zum anderen werde an die für den 22. Juni 2006 geplanten Ratssitzung eine zusätzliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses aufgenommen. Während in der genannten Ratssitzung die Eröffnungsbilanz vorgestellt werde, stünde auf der anschließenden Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses die Entscheidung über eine mögliche Auftragsvergabe zur Prüfung der Eröffnungsbilanz auf der Tagesordnung.

## **17      Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO**

### **17.1 Zahlung an die Versorgungskasse für den Amtsvorgänger - Herr Mensing**

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte an, ob die im Haushaltsplan 2006 aufgeführten Zahlungen an die Versorgungskasse auch Zahlungen für den Amtsvorgänger Meyering beinhalteten. Er bat außerdem um Auskunft, wie hoch in diesem Fall diese Zahlungen seien und ob die jetzige Beschäftigung des Betreffenden sich mindernd auswirken würde.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass eine Beantwortung in dieser Sitzung nicht möglich sei, kündigte aber an, in der nächsten Sitzung hierüber Auskunft zu geben.

### **18 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO**

#### **18.1 Kosten der Umgestaltung der Gräfte Haus Holtwick - Herr Strahl**

Herr Strahl fragte an, welche Kosten entstünden, falls die geplante Sohlenanhebung in einem Teil der Gräfte Haus Holtwick realisiert würde. Außerdem bat er um Auskunft, welche Kosten zu erwarten wären, falls bei einer möglichen Bebauung des Areals Bodenfunde gemacht würden, die für das Bodendenkmalamt von Interesse wären.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass zum jetzigen Zeitpunkt weder hinsichtlich der Sohlenanhebung, noch bezüglich möglicher Bodenfunde Kostenschätzungen gemacht werden könnten. Zur Zeit würden noch die Kanalnetzberechnungen durchgeführt, im Anschluss hieran könnten dann die Berechnungen bezüglich der notwendigen Größe der Gräfte als Regenrückhaltebecken angestellt werden. Ergebnisse diesbezüglich lägen frühestens im Herbst des Jahres vor.

Um 21.30 Uhr war der öffentliche Teil der Ratssitzung beendet, die Sitzung wurde bis 21.40 Uhr unterbrochen.

